Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Kunzelik. Druck u. Verlag: Auer Tageblatt u. Anzeiger G. m. b. H. Amt. Telegramm-Adresse: Tageblatt Erzgebirge. Fernsprech-Anschluß Nr. 68.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 5.00 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4.40 Mark. Bei der Post bestellt vierteljährlich 15.00 Mark, monatlich 5.00 Mark. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreis: Die 8-mal gespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Auer und dem Bezirk Schwarzenberg 30 Pfg., auswärtige Anzeigen 40 Pfg., Reklamepetitzeile 3.— Mark. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm. Für Fehler infolge mündlicher oder fernmündlicher Anzeigenaufgabe wird keine Gewähr übernommen. Für Fehler im Satz kann Ersatz nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 176. | Sonnabend, den 30. Juli 1921. | 16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Das Reichskabinett beschäftigte sich gestern mit den neuen Steuervorlagen. Man soll sich auf eine Vermögenszuwachssteuer, eine Zuwachssteuer aus Kriegsgewinnen und auf eine Umänderung des Umsatzstempelabgabengesetzes geeinigt haben.

•

Wie die Berliner Morgenblätter aus Hamburg berichten, hat der deutsche Botschafter in Rom Behrenberg-Goßler seinen Urlaub unterbrochen und ist nach Rom zurückgereist.

•

Laut dem Journal meldet Havas, daß infolge der längeren Dauer der Sachverständigenberatungen die Sitzung des Obersten Rates voraussichtlich erst zwischen dem 10. und 15. August stattfinden kann.

Verwirrung und Entspannung.

(Von einem Diplomaten.)

Ein Rückblick auf die gegenwärtige Krise in der internationalen Lage bietet ein lehrreiches Beispiel dafür, wie derartige Krisen überhaupt entstehen, wie zu einer Verwirrung neue Verwirrungen hinzutreten und wie aus einem kleinen Wölkchen schließlich eine schwere Gewitterwolke wird. Die französische Regierung hat der deutschen am 16. Juli in einer Aufzeichnung bestimmte Forderungen gestellt. Die deutsche Regierung hat am 23. darauf geantwortet und hat erklärt, daß der Schritt Frankreichs überraschend für sie gekommen sei. Welche Gründe lagen zu diesem Schritt vor? Aus der Tatsache, daß die französische Regierung den Zusammentritt des Obersten Rates bis auf den Herbst verschieben wollte, konnte geschlossen werden, daß im gegenwärtigen Augenblick Frankreich eine Entscheidung für unstatthaft ansah, da anscheinend nicht die Gewähr dafür bestand, daß die französisch-polnischen Wünsche hinsichtlich Oberschlesiens voll zur Geltung kamen. Es konnte aber auch die Tatsache bestehen, daß man auf Grund gewisser Berichte eine gewisse Besorgnis wegen der Lage in Oberschlesien hatte. Dieser zweite Fall war aber weniger wahrscheinlich als der erste, denn zweifellos sind starke Strömungen in Frankreich vorhanden, denen ein deutscher Aufstand in Oberschlesien gegenwärtig gar nicht unwillkommen gewesen wäre, und ganz zweifellos sind auch die französischen Truppen in Oberschlesien bemüht, durch ihre Zusammenarbeit mit den Polen die deutsche Bevölkerung zu provozieren. Die Entsendung weiterer Truppen hätte eine solche Provokation nur begünstigen können. Bei dem weiteren Verlauf der Verhandlungen geriet die Truppenfrage immer mehr in den Vordergrund, und die Krisis erhielt die eigentliche Zuspitzung erst, als nun von französischer Seite die Angelegenheit der Nationalehre ausgespielt wurde. Wir wissen ganz genau, daß die Frage dann gefährlich wird, wenn sie anfängt eine Prestigefrage zu werden. Wir haben alles getan, um die Frage nicht auf dieses Geleise zu schieben, aber wir müssen die ernste Befürchtung hegen, daß man auf französischer Seite nicht ernstlich um die Beilegung des Konflikts bemüht ist. In letzter Stunde ist ein neuer Vorschlag zur Entwirrung aufgetaucht, dahingehend, daß sich die englische und italienische Regierung dem Schritt Frankreichs in Berlin offiziell anschließen, daß aber die Frage der Entsendung der Truppentransporte erst vom Obersten Rat entschieden wird. Was die deutsche Regierung betrifft, so möchten wir glauben, daß sie sich im Falle einer solchen Lösung schließlich damit abfinden könnte, denn wenn die Ententemächte gemeinsam vorgehen würden, würden sie damit ihrem Verlangen den Rechtshintergrund geben können. Ob aber tatsächlich Frankreich geneigt ist, auf die Truppenentsendungen zu verzichten, denn die Entscheidung des Obersten Rates würde nach den bisherigen Erfahrungen gegen eine solche Entsendung ausfallen, das muß erst abgewartet werden. Noch immer ist zur Stunde das Kernproblem ungelöst: bleibt Frankreich auf seiner Politik der Vorpostenstellung gegen Deutschland bestehen, oder tritt es wieder zurück in die allgemeine Linie der Politik der Alliierten gegen Deutschland?

•

Ruhe in der Schicksalsstunde Oberschlesiens!

Eine Mahnung der Reichsregierung.

Angesichts der herannahenden Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens hat die Reichsregierung im Verein mit der preußischen Staatsregierung beschlossen, in enger Fühlungnahme mit der Bevölkerung Schlesiens dahin zu wirken, daß sich die Bewohner des Landes auch weiterhin höchste Zurückhaltung auferlegen, um zu ihrem Teil dazu beizutragen, eine sachliche Entscheidung zu ermöglichen. Es gilt, der Welt ein Beispiel zu geben, wie ein Volk durch seine Selbstbeherrschung der sachlichen Lösung einer Frage von so großer Tragweite die Wege ebnet. Die Reichsregierung richtet diese Mahnung nicht nur an die Schlesier, sondern an das ganze deutsche Volk, und erwartet, daß jeder, der der deutschen Sache dienen will, ruhiges Blut bewahrt und sich der hohen Verantwortung bewußt bleibt, die uns der Augenblick auferlegt. Jede unbesonnene Haltung würde die von uns beanspruchte sachliche und gerechte Lösung der Frage gefährden.

Der deutsche Rechtsstandpunkt.

In Berliner politischen Kreisen ist man der Meinung, daß die Stellung der französischen Presse in der Angelegenheit der Truppentransporte seit der Rückkehr Briands nach Paris eine sehr merkliche Aenderung erfahren hat. Die Pariser Presse erweckt den Eindruck, die deutsche Haltung bedeute einen Angriff auf die französische Nationalehre. Man weist in Berliner politischen Kreisen erneut darauf hin, daß Deutschland, wenn seine Regierung nicht pflichtgemäß gerade in der Frage der Truppentransporte auf korrekte Einhaltung der Bestimmungen des Friedensvertrages Wert lege, für alle Zukunft zum Etappengebiet aller künftigen europäischen Konflikte werden könnte und überhaupt nicht mehr in der Lage wäre, seine eigene Neutralität beachtet zu sehen. Wie auch die Haltung Englands zu Frankreichs sei, so gebe man sich in Berlin durchaus keinen Illusionen hin; man müsse aber an dem einmal angenommenen Rechtsstandpunkt festhalten und die weitere Entscheidung der Angelegenheit der Gesamtheit der Alliierten überlassen.

Ablehnende Antwort Englands an Frankreich.

Lord Hardinge, der englische Botschafter in Paris, hat dem Ministerpräsidenten Briand die Antwort der englischen Regierung auf die letzte französische Note, in der Frankreich auf die Entsendung von französischen Verstärkungen nach Oberschlesien bestanden hat, überreicht. Die Unterredung, die sich daran anknüpfte, dauerte dreiviertel Stunden. Die englische Note enthält eine neuerliche Ablehnung der französischen Forderung, sofort Truppenverstärkungen nach Oberschlesien zu senden.

Die Kohlenwirtschaft.

W. W. Das Statistische Reichsamt veröffentlicht nunmehr die Angaben über die Kohlenförderung im ersten Halbjahr 1921. Sie sind nicht erfreulich. Der Ausfall der Ueberschichten und die Unruhen in Oberschlesien haben auf das Förderungsergebnis stark eingewirkt. Zum Vergleich müssen die Zahlen von 1913 herangezogen werden, weil nur das die Möglichkeit bietet, den Rückgang der Erzeugung eindringlich klar zu machen. Während im ersten Halbjahr 1913 im Reichsgebiet ohne Saarland und Elsaß-Lothringen 84,6 Millionen Tonnen Steinkohlen gefördert wurden, sank die Ziffer für die gleiche Zeit 1912 auf 61 Millionen Tonnen. Dabei sind aber 13 Millionen Tonnen bester Lieferungskohle für den Verband abzuziehen, sodaß die Menge, die für die deutsche Wirtschaft übrig bleibt, noch nicht 48 Millionen Tonnen beträgt. Das sind rund 36 Millionen Tonnen weniger als 1913, was auf das Jahr umgerechnet 72 Millionen Tonnen Steinkohlen ausmacht. Aber auch das läßt die deutsche Kohlennot noch nicht scharf genug erkennen, da zu berücksichtigen ist, daß uns nur noch ein Teil der oberschlesischen Kohlen zufällt, der aber seit Mai infolge der Unruhen sogar völlig ausgeblieben ist. Die deutsche Wirtschaft ist gezwungen, ausländische, insbesondere englische, Kohle heranzuholen. Das ist schon im Winter geschehen, wurde aber unterbunden durch den Ausbruch des englischen Grubenarbeiterstreiks. Nachdem dieser beigelegt ist, kommen aus Hamburg Meldungen, die die Einfuhr englischer Kohle in größerem Umfange anzeigen. Da die englische Kohle erheblich teurer ist, so läßt das einen Rückschluß auf die außerordentliche Kohlennot der Industrie zu. Sie fragt nicht mehr nach dem Preis, sie muß die Kohlen haben, wenn nicht durch die Schließung der Betriebe der Schaden für die deutsche Gesamtwirtschaft viel größer werden soll.

Nun hat sich zwar im Juni die Steinkohlenförderung gegen den Vormonat etwas gehoben. Im Mai war sie besonders schlecht. Sie betrug nur 7,8 Millionen Tonnen gegen 10,1 Millionen Tonnen im Mai 1920. Dabei war die Belegschaft im Mai 1921 zahlenmäßig viel höher als im Vorjahre. Dieser Unterschied im Förderungsergebnis zeigt die Wirkung des Ausfalls der Ueberschichten. Nun hat sich die Förderung im Juni auf 8,7 Millionen Tonnen gehoben; sie ist aber weit geringer als die Junförderung 1920, die 11 Millionen Tonnen betrug. Im Juni 1913 wurden in einer viel kleineren Belegschaft nicht weniger als 14,5 Millionen Tonnen Steinkohlen gefördert. Die Arbeit der Bergleute unter Tage ist schwer. Niemand kann und darf von ihnen mehr verlangen, als sie körperlich leisten können. Die große Masse der Bergleute kennt auch die Verantwortung, die gerade auf ihren Schultern ruht. Es läßt sich indessen nicht wegstreiten, daß mit dem Zuzug neuer Arbeitskräfte in die Kohlengebiete vielfach Elemente die Führung an sich gerissen haben, die dafür politisch und sozial nicht geeignet sind. Die nüchternen amtlichen Zahlen beweisen, daß unsere Kohlenwirtschaft in Gefahr ist. Gelingt es nicht, die Förderung nachhaltig zu steigern, so müssen wir die kostspieligen Versuche mit der Einfuhr englischer und vielleicht auch amerikanischer Kohle fortsetzen. In der Regel pflegen solche Verbindungen, sofern sie sich gut eingearbeitet haben, auch nicht aufzuhören, wenn im Inlande die Kohlenförderung steigt, zumal dann nicht, wenn Auslands- und Inlandspreise sich wieder genähert haben oder gar gleich sind. Wir wollen aber als größtes Kohlenland Europas nicht von ausländischer Kohle abhängig werden.

Verheimlichte deutsche Kriegsgefangene in Frankreich.

Zu den mehrfachen Pressemeldungen über die noch in Frankreich zurückgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen teilen Berliner amtliche Stellen mit, daß nach dem Versailler Vertrag die französische Regierung berechtigt sei, die Kriegsgefangenen, die wegen anderer als disziplinarischer Vergehen Strafe zu verbüßen haben, zurückzubehalten. In Bern ist 1920 mit Frankreich eine Vereinbarung zustande gekommen, auf Grund deren 327 solcher Kriegsgefangener im Sonderlager Avignon zusammengezogen wurden und eine Liste dieser Gefangenen wurde mit einer Note der französischen Regierung im Oktober 1920 der deutschen Friedensdelegation in Paris übergeben. Dieser Note zufolge sollten sich außer den in der Liste aufgeführten und in vier weiteren Lazaretten befindlichen Gefangenen keine deutschen Kriegsgefangenen mehr in Frankreich befinden. Es stellte sich aber bald heraus, daß noch eine Reihe von Deutschen in französischer Gefangenschaft zurückgehalten wurden, die nicht in der Liste aufgeführt waren. Eine deutsche Nachweisung solcher Gefangener, die der französischen Regierung übergeben wurde, weist 200 Namen auf. An die französische Regierung wurde das Ersuchen um Feststellung des Verbleibes dieser Vermißten berichtet, bis heute ist aber auf diesen Schritt keine Antwort von Frankreich erfolgt.

Die Opfer von Avignon.

Ein Mitarbeiter des Excelsior stattete dem Gefangenlager in Avignon einen Besuch ab. Er will festgestellt haben, daß sich in ganz Frankreich nur noch 90 deutsche Kriegsgefangene befinden. Davon seien 41 im Gefängnis von Avignon, die anderen seien als freie Arbeiter (?) nach verschiedenen Departements geschickt worden. Aus dem Register gehe hervor, daß die in Avignon zurückgehaltenen Gefangenen wegen Vergehen gegen das gemeine Recht (?) bestraft wurden. Einige Verurteilte, die geisteskrank geworden sind, seien in Heilanstalten überführt worden. Einen Teil der Gefangenen habe unlängst der Präsident der Republik begnadigt. (?)

Die letzten Kriegsgefangenen aus Rußland.

In den nächsten Tagen wird in Triest der Dampfer Wigbert erwartet, der den Rest der in Ciskaukasien befindlichen deutschen Kriegsgefangenen in die Heimat befördern soll. Im Anschluß an diese Fahrt wird der Dampfer Wigbert nach Odessa fahren, um die in der Krim und in Odessa selbst gesammelten, insgesamt 1000 deutschen Heimkehrer aus Südrußland abzutransportieren. Der deutsch-russische Gefangenenaustausch über die Ostsee und auf dem Landwege über die Randstaaten vollzieht sich weiter planmäßig. Er wird von deutscher Seite jetzt mit Rücksicht auf die Hungerkatastrophe in Rußland mit besonderem Nachdruck betrieben. Die Arbeiten der Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene, die mit der Durchführung der Heimschaffung der deutschen Kriegsgefangenen betraut war, nähern sich allmählich ihrem Ende. In der nächsten Zeit sollen in Rußland verschiedene Ueberleitungsstellen und Sammellager, die deutscherseits zur Erleichterung des Abtransportes errichtet worden waren, aufgehoben werden, da ihre Arbeit im wesentlichen beendet ist.

Kleine politische Meldungen.

Ueber die Reichspräsidenten-Neuwahl verlautet von maßgebender Stelle, daß allerdings die Vornahme einer Neuwahl nach der endgültigen Entscheidung über Oberschlesien beabsichtigt ist, daß diese Neuwahl aber kaum noch in diesem Jahre stattfinden wird, da sich das Eintreten geordneter Verhältnisse in Oberschlesien noch nicht übersehen läßt.

Anschlußbewegung an Preußen. Bei der Beratung der Verfassung in Weimar war festgelegt worden, daß Anträge auf Veränderung der Grenzen der Länder, abgesehen von Vereinigungen kleiner Staaten, vor dem 4. August 1921 nicht gestellt werden dürfen. Der 4. August ist also in dieser Beziehung ein bemerkenswerter Tag, denn von da ab ist der Reichstag verpflichtet, derartige Anträge zu prüfen. Solche Bestrebungen haben sich bereits in Thüringen geltend gemacht, wo Eisenach Anschluß an Preußen wünscht.

•

Erschwerte deutsch-französische Verständigung. Der Temps meldet, daß die deutschen Vertreter, die seit sechs Wochen in Paris über die Wiedergutmachung verhandeln, nach Berlin zurückkehren werden, um neue Instruktionen ihrer Regierung einzuholen. Es zeige sich immer mehr, daß auf der Grundlage der bisherigen beiderseitigen Vorschläge eine Verständigung sehr erschwert sei.

Deutsche Schiffserwerbungen. Wie Extrabladet erfährt, sind bereits 10 Prozent der gesamten schwedischen Handelsflotte in deutsche Hände übergegangen. Zwölf Dampfer von zusammen 20 000 Tonnen sind in die Hände der Reederei August Bolten-Hamburg unter Zugrundelegung von Abzahlungskontrakten verkauft worden. Der Verkauf weiterer 22 000 Tonnen steht bevor.

Der Zusammenbruch der Kriegsschuldlüge. Svenska Dagbladet schreibt am Schlusse einer ausführlichen Besprechung der von Siewert herausgegebenen russischen diplomatischen Aktenstücke, daß die Zentralmächte im höheren Grade als die Entente den Krieg wollten, ist eine Doktrin, die nicht meß-